

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

14.9.1862 (No. 216)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 14. September.

N. 216.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, wofür auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat September der Karlsruher Zeitung.

Karlsruhe, 13. Sept. Wir sind in den Stand gesetzt, nachstehend den Wortlaut einer Depesche wiederzugeben, wodurch die großh. Regierung die Mittheilung der königl. bayrischen Regierung, daß dieselbe den mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag abzulehnen beschloßen, beantwortet hat.

„Hochwohlgeborener Freiherr!
Der königl. bayrische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Hr. v. Malzen hat mir mittelst Note vom 11. d. M. im Auftrage seiner Regierung die Note mitgetheilt, womit die königl. bayrische Regierung die Aufforderung, dem am 2. Aug. in Berlin unterzeichneten Zoll- und Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich beizutreten, verneinend beantwortet.

Ich habe bisher geäußert, Ew. Hochwohlgeborenen zu beauftragen, dem Herrn Freiherrn v. Schrenk diese gefällige Mittheilung verbindlich zu verdanken, weil es von Werth erschien, zunächst den Eindruck abzuwarten, welchen diese Ablehnung und die Infragestellung des im gemeinsamen Interesse des Zollvereins unternommenen, im Auftrage und ohne erheblichen Widerspruch seitens der Zollvereins-Staaten zu Ende geführten Vertragswerkes auf die Regierung machen mußte, welcher die Leitung der Verhandlungen desselben zunächst oblag.

Es bedurfte für uns allerdings keineswegs der Befähigung der in der Natur der Sache wohl begründeten Befürchtung, es möchte Preußen die nachträgliche Ablehnung der Verträge als den Ausdruck des Willens der königl. bayrischen Regierung auffassen, den Zollverein nicht ferner fortzusetzen. Wie sehr wir nämlich vorbereitet sein konnten, es dürfte die sich kundgebende Abneigung, dem Vertrage ihre Zustimmung zu geben, die hohen Regierungen von Bayern und Württemberg dahin führen, auch mit der Eventualität einer Auflösung des Zollvereins sich vertraut zu machen, — die großh. Regierung hatte sich bis zuletzt der Hoffnung hingeben zu dürfen geglaubt, es würde die königl. Regierung, nachdem das Votum von Staaten, welche weit über die Hälfte der Zollvereins-Bevölkerung repräsentiren, zu Gunsten des Vertrages gefallen und die Zustimmung der Mehrzahl der übrigen Regierungen zu erwarten stand, ihre entgegengelegte Auffassung dem kundgegeben worden Interesse der Mehrheit unterordnen.

Ich nehme keinen Anstand, offen auszusprechen, daß die Gewissheit des Gegenfalls von der großh. Regierung mit lebhaftem und tiefem Bedauern vernommen wurde, und daß dieses Bedauern nicht nur den dadurch bedrohten Interessen des Großherzogthums und der übrigen Zollvereins-Staaten gilt, sondern daß es vornehmlich seinen Grund in der Erkenntniß hat, daß ein so segensreicher Bund, als welcher der Zollverein sich erwiesen, unmöglich weiter bestehen kann, wenn durch Ausnutzung des Rechtes eines Veto's das Interesse der weitaus überwiegenden Mehrheit nicht zur Geltung kommen kann.

Wie sehr auch beiden ablehnenden hohen Regierungen dabei allein das Recht der Beurtheilung der Frage überlassen bleiben muß, welches das Interesse ihrer Bevölkerung in diesem Falle gewesen, so vermag doch die Thatsache nicht widersprochen zu werden, daß zur Zeit, wenn die königl. Regierung ihre Ablehnung aufrecht hält, geschehen würde, was die Mehrheit für einen fast vernichtenden Schlag ihres Wohlstandes betrachten darf, und daß geschehe, was die Minderheit für sich von Vortheil erachtet.

Diese Thatsache dokumentirt einen so anormalen Zustand in einem Verein, daß derselbe schon mit einer solchen bloßen Möglichkeit als tief bedroht betrachtet werden darf.

Wir vermögen unter diesen Umständen nicht den Ausdruck unserer Ueberzeugung zurückzuhalten, daß der Hr. Freiherr v. Schrenk in der uns gefälligst mitgetheilten Note sich dem Troste nicht verlagern kann, daß der Zollverein auch in seiner jetzigen Lage keiner ernstlichen Gefahr entgegengehe. Wir sind dazu um so weniger im Stande, als wir in der Motivirung der Ablehnung durch die königl. Regierung Vorwände begegnen, welche weit weniger den Wunsch nachweisen, die unerwünschten Stipulationen des Vertrags durch bessere zu ersetzen und demselben nach Eintritt solcher etwaigen Modifikationen zuzustimmen, als vielmehr die bestimmte Abneigung dokumentiren, überhaupt einem Vertrage vor Regelung der handelspolitischen Beziehungen zu Deisterreich zuzutreten, somit vor dem Eintritt von Voraussetzungen, welche nicht nur an und für sich ein Aufgeben des Zollvereins zu Gunsten einer weiteren Zolleinigung mit Deisterreich enthalten, sondern auch nach Lage der Interessen eine fernere Erneuerung des Zollvereins nach Auffassung der großh. Regierung ernstlich zu bedrohen scheinen.

Gleichwohl schöpfen wir gerne aus dem Schlusssatz der Note vom 8. Aug. die Hoffnung, daß die Einsicht, es werde durch definitive Auflösung des Zollvereins auch das bayrische Interesse gefährdet, bei der königl. Regierung mächtig genug sein wird, um ein Zurückkommen von dem gefassten Entschlusse nicht auszuschließen, wenn es auch ihr nicht mehr zweifelhaft sein kann, daß eine Ablehnung des Vertrags in der That einer Auflösung des Zollvereins gleichkommt. Wir geben uns der Erwartung hin, daß die königl. Regierung an der Stelle einer unbedingten Ablehnung dann den Weg betreten wird, die Bedingungen zu bezeichnen, unter denen sie dem Vertrage zutre-

ten würde. Es könnte allseitigem Zusammenwirken dann vielleicht gelingen, einzelnen derselben eine Aufnahme in den Vertrag, etwa in einem Supplementarprotokoll, zu sichern, und würde es der großh. Regierung zur besondern Befriedigung gereichen, könnte sie dazu mitwirken, den Wünschen der königl. Regierung in dieser Richtung unterstützend zur Seite zu treten.

Wir haben, indem wir diese Erwartung aussprechen, nicht etwa umfassende Veränderungen des Tarifs im Auge. Diesen betrachten wir als feststehend, und müssen ihn auch nach dem Urtheile der Sachverständigen in fast ganz Deutschland als der Zollvereins-Industrie vortheilhaft erkennen. Indessen legen wir besondern Werth darauf, das Zeugnis abgeben zu können, daß eine sorgfältige Prüfung seiner Wirkung auf die Industrie und den Wohlstand des Großherzogthums nicht etwa den selbstverständlichen Vortheil von Konsumenten und als Gegen-satz die Benachtheiligung der Produzenten, sondern vielmehr die Aussicht auf bedeutenden Gewinn für die weitaus zahlreicheren Produktionszweige ergeben hat. Die Möglichkeit der nachträglichen Aufnahme einzelner Modifikationen auch in Betreff des Tarifs könnte demnach unserm Ermessens von Seiten der Regierungen, welche sich beschweren finden, immerhin in Erwägung gezogen werden, und schiene uns die Geltendmachung entsprechender Forderungen der unbedingten Ablehnung jedenfalls vorausgehen zu müssen.

Wohl sind andere Bedingungen nicht ausgeschlossen und von größerer Erproblichkeit. Eine derselben nach Kräften zu unterstützen, sind wir gerne bereit. Es wäre dies das Verlangen, daß zum Deutschen Bunde gehörige Gebietstheile eine begünstigende Behandlung sollen erfahren können, ohne daß die Verpflichtung einer Generalisirung dieser Begünstigung ipso jure für alle meistbegünstigten Staaten eintrete. Würde es der königl. Regierung gefallen, der vermittelnden Stellung getreu, welche wir so oft in der Lage waren, seitens derselben in ersten Konflikten deutscher Angelegenheiten mit aufrichtiger Friedfertigkeit anzuerkennen, wir würden eine solche Entscheidung als eine patriotische That begrüßen, welche die große, durch die unbedingte Ablehnung herbeigeführte Gefahr wieder zu beseitigen im Stande wäre.

Diese Gefahr liegt uns aber nicht etwa allein in der fast zur Gewissheit gesteigerten Wahrscheinlichkeit der Auflösung des Zollvereins und der darin liegenden politischen Zerreißung des Vaterlandes. Sie liegt vor Allem in dem Umstand, daß mit dem Scheitern des Vertragswerkes Deutschland einem materiellen Nachtheil ausgesetzt bleibt, der sich für die Gesamtheit unserer Industrie jährlich auf vier- bis fünfhundert Millionen berechnet, für den Einzelnen aber durch Vertheuerung der gerade den erwerbenden Klassen unentbehrlichsten Waaren einer Erhöhung deren Steuerlast um mindestens den doppelten und auch mehrfachen Betrag gleichkommt.

Ohne auf die keines besondern Nachweises bedürftige Untersuchung dieses der Konsumenten unermesslich treffenden Nachtheils einzugehen, darf der Beweis des behaupteten, wenn gleich fast unberechenbaren und in obiger Summe wahrscheinlich unterschätzten Verlustes unseres Volkswohlstandes im Falle des Scheiterns des Vertrags in drei Richtungen angedeutet werden.

Der Zollverein verliert den größern Theil seines Exports an Industrieerzeugnissen nach den durch Verträge geeinigten Gebieten Englands, Belgiens, Frankreichs mit deren Kolonien.

Der Zollverein verliert den Vortheil des wohlfeileren Bezugs aller Artikel, für welche die Eingangszölle im Vertrag herabgesetzt sind und kann denselben keineswegs durch einseitige Tarifrevision sich verschaffen, weil er dieselbe so lange nicht eintreten lassen kann, als die übrigen Staaten ihm nicht Konzessionen gemacht haben, welche denen des Handelsvertrages ungefähr gleichkommen. Im Gegentheil dürfte der Zollverein, um sich solche zu verschaffen, zunächst auf den Weg differentialer Behandlung dieser Staaten wider Willen sich gedrängt sehen und damit genöthigt sein, sich sogar noch eine Preissteigerung der meisten Waaren aufzulegen.

Endlich verliert unsere Industrie den vollen Arbeitsverdienst, den dieselbe in den Jahren bis zu Ablauf der Zollvereins-Verträge unter Herrschaft des Handelsvertrags und des damit gesicherten Zollvereins gemacht haben würde, und welchen sie nun bei der vollkommenen Unsicherheit der kommerziellen Verhältnisse des Zollvereins und der dadurch herbeigeführten Lähmung industrieller Unternehmungen innerhalb und nach Ablauf der Zollvereins-Verträge nicht macht.

Daß gegenüber dieser ungeheuren, alle Theile treffenden Verluste die Berücksichtigung der nach unsern Untersuchungen größtentheils unbegründeten Klagen einzelner weniger Industriezweige nicht eintreten darf, deren entgegen der Gewinn nicht so viele Millionen beträgt, als Hunderte von Millionen im Falle einer Ablehnung der Verträge und Auflösung des Zollvereins verloren gehen, bedarf gegenüber einer volkswirtschaftlich so einsichtigen Regierung wie die königl. bayrische keine weitere Ausführung.

Je zuverlässlicher wir uns der Erwartung hingeben, es werde die nochmalige Erwägung aller dieser Momente dieselbe dann zu einer veränderten Stellung zu der ganzen Angelegenheit hinführen, um so weniger dürfen wir die Pflicht verkennen, uns mit der vollkommensten Offenheit in Betreff unserer eigenen Stellung in der ungünstigsten Eventualität des

Gegenfalls, des Beharrens bei unbedingter Ablehnung, auszusprechen.

Wir haben auch für diese unsere Entschlüsse gefasht, und wollen mit denselben gegen die königl. Regierung nicht zurückhalten, damit daraus das Bild der künftigen Lage klar hervorgehe, unter welchem zu handeln sein wird.

Wir glauben nicht, daß eine Frage, wobei es sich um Wohl und Wehe von Millionen, um die handelspolitische Zukunft Deutschlands, und um die Erhaltung des nationalen Verbandes des Zollvereins handelt, in einem der Ueberzeugung und den Interessen der Gesamtheit entgegengelegten Sinne entschieden werden könnte, ohne die gefährlichsten Folgen für Bestand und Wohlergehen des gegenwärtigen politischen Systems Deutschlands und sogar der Selbständigkeit seiner Staaten.

Deßhalb scheint uns, daß eine höhere Instanz zu Entscheidung dieser Frage, in die sich unseliger Weise die politischen Gegensätze und Parteileidenschaften eingebracht haben, gesucht und gefunden werden muß, und wir geben der Erwägung der königl. Regierung anheim, ob solche nicht etwa in einem, aus allen Vertretungen nach Analogie der von einzelnen, und auch von der königl. bayrischen Regierung vorgeschlagenen Delegirtenversammlungen zu bildenden freilich mit entscheidender Stimme auszurückenden Zollparlamente sich bieten würde.

Seiner Entscheidung — wir sind es gewiß — könnten dann auch alle dissentirenden Regierungen sich mit Beruhigung unterwerfen, und in seinem nach sorgfältiger Prüfung gegebenen Verdikte die sich bedroht glaubenden einzelnen Industriellen den Ausdruck des nationalen Gewissens über das wahre Wohl des Ganzen erkennen.

Müßten wir bei etwaiger Erfolglosigkeit auch dieses Auskunftsmittele in der ernstesten Katastrophe einer Auflösung des Zollvereins das Wohl des Landes und der unserer Pflege anvertrauten Interessen berathen, so werden wir allerdings auch für diese schlimmste Wendung unsere Entschlüsse fassen müssen. Es genügt für jetzt aber, anzudeuten, daß wir dabei am wenigsten an einen uns von unserm natürlichen Verkehrsweg, dem Rhein, abschließenden Anschluß an einen andern Zollverband denken, sondern daß wir vorziehen müßten, uns der vollen Vortheile unserer geographischen Lage zu selbständiger Ordnung unserer Verhältnisse zu bedienen.

Ich erlaube Ew. Hochwohlgeborenen, dem königl. Hrn. Minister des Aeußern Kenntniß dieser Depesche unter gleichzeitiger Mittheilung der beiliegenden Abschrift zu geben, und den Wunsch auszusprechen, es möge dem Freiherrn von Schrenk gefällig sein, Ew. Hochwohlgeborenen mit einer Rückäußerung darüber zu versehen, ob wir die Hoffnung festhalten dürfen, die königl. Regierung den angebotenen Weg der Ausgleichung widerstrebender Standpunkte betreten zu sehen, und ob sich dieselbe mit dem Vorschlag, eventuell einem Zollparlament die letzte Entscheidung anheim zu geben, befremden könnte.

Hochachtungsvoll verharrend.
Karlsruhe, den 1. September 1862.

(gez.) Roggenbach.
An den großh. Gesandten,
Herrn Freiherrn von Berckheim in München."

Telegramme.

△ London, 13. Sept. Die „Morn. Post“ behauptet, Mazzini drohe mit wiederholten Verschwörungen in Art der Desimischen. Die Behörden Frankreichs und Englands seien benachrichtigt und genaue Ueberwachung angeordnet. Die englische Regierung könne vermöge der neuen Gesetze solche Verbrechen nunmehr nicht nur bestrafen, sondern auch voraus verhindern.

△△ Neu-York, 1. Sept. Die Armee Banks' soll sich in vortheilhafter Stellung befinden, um sich mit Pope zu vereinigen. Bei Richmond (Kentucky) haben die Bundes-truppen eine Niederlage mit Verlust an Geschützen erlitten und sich nach Lexington zurückgezogen.
Die Truppen in reihungen gehen lebhaft von Statten.

* Madrid, 11. Sept. Französische Truppen, die sich auf einem auf der Rhede von Gibraltar beschädigten Dampfschiff befanden, sind auf dem neutralen Terrain zwischen der englischen Festung und der spanischen Grenze ans Land gesetzt worden.

* Marseille, 12. Sept. Briefe aus Neapel vom 9. zeigen neue Camorristen-Mazzinas an. Viele Camorristen waren bei ihrer Verhaftung als Priester verkleidet.

Mgr. Caputo, Bischof von Ariano, Großoffizier des Königs von Italien, ist gestorben. Prälat Tribaldi, Stellvertreter des Erzbischofs von Neapel, wollte ihn in Bezug auf Rom und das weltliche Papstthum zum Widerruf veranlassen, allein Mgr. Caputo weigerte sich. Die höhere Geistlichkeit weigert sich deßhalb, seinem auf morgen anberaumten Begräbniß beizuwohnen.

Das alljährlich am 8. Sept. stattfindende militärische Fest ist untersagt worden. Die Garibaldinische Aufregung legt sich, seitdem von Amnestie die Rede ist.

* Alexandria, 11. Sept. Aus Syrien wird berichtet, daß die Ruhe im Hauran wieder hergestellt ist. Die Be-

wohner von Casram, einer syrischen Stadt 180 Kilom. südlich von Damaskus, haben die Arbeiter zurückgetrieben, die von David-Pasha zum Bau einer Straße ausgefandt worden waren. Eine Proklamation von Labuli-Essen di bewilligt zehn Tage für die Zahlung der begehrten Entschädigung.

* Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Militärfrage.

Berlin, 12. Sept. Die Sitzung beginnt nach 9 Uhr. Am Ministertisch: das gesammte Staatsministerium. Der Präsident zeigt an, daß gestern Nachmittag der Abg. Koch (Trebnitz) in seinem Zimmer als Leiche gefunden worden sei. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Fortsetzung der Militärdebatte.

Abg. v. Patow: Er wendet sich zuerst gegen eine gestrige Behauptung des Abgeordneten für Bielefeld. Die Regierung habe nicht den Hagen'schen Antrag ausgeführt, sie habe mehr gethan; sie habe Das gethan, was er — Patow — selbst versprochen habe (sehr gut! rechts; oh! links). Die Landesvertretung habe unbefristet die Geldmittel zur Reorganisation der Armee bewilligt; er sehe gar nicht ein, wie man nun über die Verwendung der Geldmittel und über das demnächstige Verhalten der Regierung sich wundern könne. Das Geld wurde ausdrücklich für die provisorische Umgestaltung des Heeres bewilligt, bis das deshalb vorzulegende Gesetz von der Landesvertretung genehmigt worden. Ein Fall der Indemnität liege insoweit vor, daß seit 12 Jahren die Regierung nachträglich Bewilligung für Geldausgaben habe verlangen müssen und diese auch stets bereitwillig ausgestellt sei. Was will denn eigentlich der Kommissionsbericht? Die Armee auf den Zustand von 1816 und 15 zurückzuführen oder auf das Jahr 1859. Beides dürfte unmöglich sein. Wenn alles Das wahr sein sollte, was in allen Petitionen behauptet wird, was häufig von dieser Tribüne herab behauptet wird, dann würden Sie bald mit Petitionen bedrängt werden. Also auf die Petitionen und die Wünsche, die wegen der Heeresorganisation laut werden, können Sie sich schwerlich berufen. Wenn die Steuern zu einer Zeit ohne Murren getragen wurden, wo Armut im Lande herrschte, wo es notorisch eine viel geringere Wohlhabenheit im Lande gab, dann dürfte heute, wo diese zum Segen des Volkes gewachsen, von einem Steuerdruck keine Rede sein. Es ist allerdings ein Defizit in der Finanzverwaltung, aber es ist dies nur ein scheinbares; es ist trotz der Nachteile, welche die italienischen Wirren und die amerikanischen Kalamitäten auf den allgemeinen Verkehr hervorbringen mußten, durch Ueberschüsse in den Einnahmen beseitigt worden. Es handelt sich um Preußens Zukunft. Der preussische Staat ist hergestellt durch eine Reihe vortrefflicher Fürsten, durch eine wunderbare Hingebung des Volkes und durch eine gegenseitige Liebe ohne Gleichen. Hüten Sie sich, dies Verhältnis, das Preußen groß gemacht, zu stören!

Der Finanzminister bestätigt, daß keineswegs der Hagen'sche Antrag ausgeführt sei, sondern nur längst gehegte Pläne des Abg. v. Patow. Dieser hat in einer überzeugenden Weise dargelegt, daß die Regierung sich bei Vorlegung dieses Etats in gutem Glauben befunden. Wir legen einen großen Werth darauf, daß anerkannt wird, wie wir uns in diesem guten Glauben befinden. Wir sind verfahren, wie in einem konstitutionellen Staate verfahren werden muß; wir haben den Vorwurf des Abg. v. Sybel nicht verdient, daß wir das Recht schneidend verletzt hätten. Der Abg. Waldeck verlangt, wir hätten auf die Zustände von 1859 zurückgehen sollen; dann hätten zwei Etats in der Mitte gelegen, und diese dürften wir nicht übergehen. Er hat die Gerechtigkeit, uns mit einer Indemnität zu Hilfe kommen zu wollen. Es ist ja ein Etat vorgelegt und es ist ja eine Zustimmung zu demselben verlangt worden; die Zustimmung zu demselben soll aber in einer andern Form erfolgen. Aber warum? Weil der Etat für 1862 zufällig etwas später zur Berathung kommt, als die früheren? Es ist auch von der Finanzlage des Staats die Rede gewesen; man hat sogar von österreichischen Finanzen gesprochen; ich glaube, eine solche Verdächtigung hätte in diesem Hause nicht ausgesprochen werden sollen. Freuen wir uns der preussischen Finanzlage! Es ist sogar davon gesprochen worden, daß Nichts geschehe für Verkehrsbeförderungen &c.; in keinem Jahre aber ist mehr in dieser Hinsicht geschehen, als in den letzteren; nie ist mehr für Ermäßigung der Zölle geschehen, als neuerdings. Zu welchen Erfolgen soll es führen, wenn Sie die Kommissionsvorschläge annehmen? Die Regierung erwartet, daß Sie im wohlverstandenen Interesse die Positionen des Budgets bewilligen werden.

Von dem Abg. Reichenperger (Geldern) und Genossen wird ein Antrag eingebracht, wornach die Staatsregierung aufgefordert werden soll, entweder eine Indemnitätsbill einzubringen, oder doch die Nothwendigkeit zur Einbringung derselben anzuerkennen.

Abg. v. Hoyerbed: Der frühere Kriegsminister v. Bonin habe erklärt, daß er an eine Reorganisation der Armee nicht eher gehen werde, als bis das Haus seine Zustimmung gegeben haben würde. Einen solchen Strupel habe der jetzige Hr. Kriegsminister nicht, der ganz richtig als ein Keil bezeichnet wurde, der in das Ministerium getrieben worden sei. Redner hebt dann verschiedene Aeußerungen der H. v. Patow, v. Vinde &c. aus früheren Jahren hervor, aus welchen er ihre gegenwärtige Inkonsequenz zu beweisen sucht. Ein Extraordinarium war für 1861 bewilligt und konnte unmöglich auf das nächste Jahr übergehen. Wenn ein Haus die Feuerprobe wiederholter Wahlen durchgemacht, dann glaube ich, wir vertreten die Meinung des Landes. Was uns in der Achtung Europa's und Deutschlands herabsetzt, ist die Existenz dieses Ministeriums, und daß Preußen noch einige Achtung genießt, kommt lediglich daher, daß das Haus den Muth hat, diesem Ministerium zu widersprechen (stürmischer Bravo). Verwerfen Sie alle Reorganisationsvorschläge!

Der Finanzminister: Der Abg. v. Hoyerbed habe

unter Hinweisung auf die durch die Staatsregierung bewirkte Aufnahme des Extraordinariums in den Etat geäußert: der Finanzminister müsse wissen, was ein Extraordinarium bedeute. Er müsse auf solche Aeußerung erwidern, daß es dem guten Glauben nicht entgegenstehen könne, wenn die Staatsregierung die Ausgaben, welche von Seiten der Landesvertretung in einem Jahre als Extraordinarium bewilligt worden seien, bei Aufstellung des neuen Etats des nächstfolgenden Jahres in das Ordinarium aufnehme. Der Etat werde bekanntlich erst perfekt, wenn ihm von allen kompetenten Seiten die Genehmigung erteilt worden sei. Es sei daher ganz in der Ordnung, wenn die Regierung, da sie die betreffenden Ausgaben noch nicht als definitiv betrachten könne, dieselben einstweilen im Etat zum Ansatz bringe. Ferner habe derselbe Abgeordnete behauptet, die Staatsregierung habe bei Aufstellung des Etats geschwindig verfahren. Das sei eine sehr schwere Behauptung und Beschuldigung, welche seiner Ansicht nach nicht hätte unerwidert bleiben sollen. Er sehe sich daher veranlaßt, den Hrn. Abgeordneten zu bitten, der Staatsregierung doch einmal zu sagen, wie sie denn eigentlich hätte verfahren sollen. Die Staatsregierung sei bei Aufstellung des Etats der vollständigen Ueberzeugung gewesen und sei noch jetzt derselben Ansicht, vollkommen gegesig verfahren zu haben, und müsse solche Beschuldigungen energisch zurückweisen.

Abg. v. Vinde gegen den Kommissionsantrag. Er sucht zunächst die neue Heeresorganisation durch Verlesung einzelner Bestimmungen derselben klar darzulegen. Diefelbe sei nichts Anderes, als eine definitive Verbesserung des Gesetzes vom Jahr 1814 über die Landwehr, welches durch die neuern Verhältnisse Preußens und durch die politische Lage Deutschlands wie überhaupt Europa's, endlich auch durch die sozialen Zustände der Bevölkerung unseres Vaterlandes geboten sei. Die Zustände, welche in Folge einer Mobilmachung bei der Einberufung der Landwehr in früheren Jahren zu Tage getreten, seien zu bekannt und sprechen zu deutlich für die Nothwendigkeit einer Umänderung der bisher maßgebenden Bestimmungen. Er erinnere nur an den Umstand, daß bei einer nothwendig gewordenen Mobilmachung, ja sogar schon bei einer eingetretenen Kriegsbereitschaft die aus ihren bürgerlichen Verhältnissen herausgerissenen und zur Fahne einberufenen Mannschaften Wochen und Monate lang an der Grenze aufgestellt waren, zur Unthätigkeit verdammt, während ihre häuslichen Verhältnisse in dieser Zeit dem Ruin entgegengeführt worden seien. Solche Zustände seien in der That nicht empfehlenswerth, sie seien vielmehr verwerflich und würden durch die neue Militärorganisation — das werde gewiß Niemand läugnen — auf das entschiedenste beseitigt. Ueber die finanziellen Bedenken wolle er Nichts sagen; er müsse sich dabei überall auf die Ausführungen des Abg. v. Patow, als eine allgemein anerkannte Autorität, berufen. Der Vermögenszustand des Staates habe sich unbedenklich verbessert; auch von einem finanziellen Vergleich Preußens mit Oesterreich könne unmöglich die Rede sein. Außer den rechtlichen und finanziellen Bedenken sind besonders zwei hervorgehoben worden. Die Landwehr ist keine Bürgerwehr oder Nationalgarde, die sich selbst ihre Führer wählen kann, sondern wohlgeschulte Soldaten unter dem Kommando von gebildeten Offizieren. Die Landwehr soll auch nie ein Volkstheer werden, wie sie Rüstow geschildert hat. Anders siehe es mit der Dauer der Dienstzeit im stehenden Heere. Hier müsse er sich entschieden für die zweijährige Dienstzeit aussprechen; diese Ansicht werde von anerkannten Autoritäten getheilt; die Generale Kraußeneck, v. Grolmann und v. d. Warwitz haben schon zur Zeit Friedrich Wilhelms III. behauptet, daß eine zweijährige Dienstzeit genüge. Auch der Leutnant Hundt von Hafften habe in seiner Schrift konstatirt, daß viele Hauptmänner vor den Mannschaften ihrer Kompagnien behauptet, daß ihre alten Leute immer die dümmsten seien und noch dümmere als der dümmste Neutrat. Was er mit seinen Parteigenossen bedauern müsse, sei, daß sowohl der Finanz- als der Kriegsminister sich von den Berathungen der Kommission gänzlich ausgeschlossen hätten. Diese Ausschließung trage viel Schuld an der jetzigen Spannung zwischen Landesvertretung und Regierung. Man müsse aus dem Zwiespalt herauskommen, denn keine Regierung könne Krieg führen trotz aller Militärmacht, ohne daß sie nicht das Land hinter sich habe. Die „Stern-Ztg.“ habe zwar verschiedene Mittel und Wege angegeben, um aus dem Dilemma endlich herauszukommen; vor diesen Wegen müsse er aber die Regierung ernstlich warnen. Was dadurch geschehen werde, wolle er dem Ministerium kurz sagen: der Theil der Abgeordneten, welcher bisher bemüht gewesen, die Regierung nach allen Seiten hin zu stützen, werde in die Opposition getrieben, das Land gegen die Regierung aufgebracht. Ja er wolle es gerade heraus sagen: es würden auf solche Weise heftige Zustände bei uns herbeigeführt werden. (Stürmischer Beifall.) Solche Zustände könne das kleine Ländchen Hessen wohl tragen, Preußen werde aber durch dieselben seinem Ruin entgegengeführt. (Lebhafte Zustimmung.) Schließlich wendet Redner sich gegen die Abgg. v. Hoyerbed und v. Carlowitz, und schließt mit der Mahnung zur Mäßigung in der vorliegenden Frage, um einen Konflikt zwischen Volk und Regierung, wie er zu erwarten sei, nach Möglichkeit zu vermeiden.

Abg. Gneist: (Bei Beginn seiner Rede haben sämtliche Minister, mit Ausnahme des Grafen zur Lippe, ihre Plätze verlassen.) Der Finanzminister habe erklärt, daß diese Frage sowohl in Bezug auf ihre Zweckmäßigkeit, als auch die finanziellen und rechtlichen Punkte erledigt sei. Das müsse er bestreiten. Erledigt möge sie wohl sein, aber nur in dem Militärdepartement. Er könne diese Angelegenheit aber nur dann als erledigt betrachten, wenn sie alle 3 Stadien der Gesetzgebung verfassungsmäßig durchgemacht habe. Das Militärdepartement habe sich dieses Widerspruchs dadurch erledigt, daß es bei der Durchführung der Militärreorganisation den Weg der Gesetzgebung gänzlich verlassen habe, und während es nach den Vorgängen nur berechtigt war, ein Interimistrium in der Reorganisation einzutreten zu lassen, habe es daraus ein Definitivum gemacht. Und das Recht der Landesvertretung

habe die Regierung in der in Rede stehenden Angelegenheit nur auf die Frage reduziert: ob Geld zur Ausführung der Reorganisation vorhanden sei. Dadurch habe die Regierung nicht allein ein höchst mißliches Verhältnis herbeigeführt, sondern solche Art der Gegenüberstellung ruiniere beide Theile. Durch solche Auffassungen der militärischen Sachverständigen der Regierung würden die finanziellen Sachverständigen der Landesvertretung dahin gebracht, daß sie so engherzig würden, daß sie schließlich keine Mittel bewilligen würden, um die Reorganisation in's Werk zu setzen und die letztere somit nicht zur Ausführung gelangen werde. Die Regierung beansprucht für sich in dieser Angelegenheit nur Rechte und gesteht dem Abgeordnetenhaus nur Pflichten zu, während sie ihre eigenen Pflichten nicht erfüllen kann oder will. Die Rechtsverlegungen in dieser Frage haben mit dem Augenblick begonnen, wo der frühere Finanzminister die Reorganisation der Armee für eine vollendete Thatsache erklärte. (Stürmischer Beifall.) Nehme die Regierung den Vorschlag der Indemnität, wie ihn die Fraktion Reichenperger heute gemacht, nur getrost an, das wolle er derselben entschieden anrathen; denn das könne sie nicht erwarten, daß vom Abgeordnetenhaus ein solches Entgegenkommen ausgehen solle. Dieses befände sich nicht allein in dem Zustande des Ministeriums, in seinem guten Glauben, sondern auch in seinem guten Recht und auch in seiner guten Pflicht, wenn es zu der ganzen Sache „Nein“ sage.

Der Kriegsminister: Der letzte Redner hat mit einer Berechnung gesprochen, die ich anerkenne; aber ich bestreite ihm das Recht, einen Antrag zu stellen, mit dem er geschlossen. Ich muß erklären, daß ich seinen Vermittlungsvorschlag für zu gewichtig halte, als daß Seitens des Ministeriums darüber sofort Beschluß gefaßt werde. Auf beiden Seiten muß ein guter Wille herrschen, wenn ein gutes Werk geschaffen werden soll. Ein Volk, das in seinem Heere alle seine Intelligenz, alle seine Jugendkraft enthält, wird jedem auswärtigen Feinde auch mit aller Kraft Widerstand leisten können. Was die Aufstellung des Landwehr-Regiments anlangt, so soll es auf der Stelle geschehen, wenn Sie mir nur einen Platz anweisen, wo ich es hinstellen soll; mit Sach und Fact soll es erscheinen. Die Regimenter sind verdoppelt worden nach den entsprechend vorhandenen Landwehr-Regimenten; die sog. neuen Garberegimenter stehen deshalb in den Provinzen, wo sie zu Hause sind. Ich wende mich zu der staatsmännischen Rede des Abg. v. Vinde. Er hat namentlich der Regierung einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie nicht selbst in den Kommissionsitzungen erschienen. Ich kann nicht annehmen, daß Jemand glaubt, wir seien aus Bequemlichkeit oder aus Furcht weggeblieben; aber der Minister hat auch noch andere Pflichten, als in der Kommission zu erscheinen. Wenn ein Minister in die Kommission kommt, dann muß er auch hoffen, einigen Erfolg zu haben. Das bereits von der Kommission beschlossene Votum war stadt- und landtauglich; wie soll ich als Minister mich bemühen, ein solches Votum umzustossen! Die Marine-Kommissionsitzungen habe ich besucht, und ich glaube mit Nutzen. Wir sprechen in diesem Augenblick nur über das Budget; die zwei- oder dreijährige Präsenzzeit kann dabei doch nicht in Verabingung gezogen werden. Die Regierung wird auch diese Sache so bald als möglich zum Austrag bringen. Auf das Zeugnis eines Offiziers (Hundt v. Hafften), der nur ein Jahr in der Armee diente, bitte ich denn doch sehr, Nichts geben zu wollen. Was die Ausführungen des Abg. v. Hoyerbed anlangt, so erkläre ich vorher, daß ich vielleicht nicht im Stande sein werde, darauf entsprechend zu antworten. Wenn ich die Geschichte mit Nutzen gelesen, so ist sie nichts weiter als ein Kampf um Macht und Machtverweigerung. Die Geschichte aller konstitutionellen Staaten legt davon Zeugnis ab; kaum ist in irgend einem Staate bei diesem Kampf die Balance hergestellt; es hat deshalb bei nichts Befremdendes, wenn ein solcher Kampf bei uns ausgebrochen. Außer dem Hause sind so unzweideutige Tendenzen laut geworden, daß es Pflicht der Partei ist, diese Parteigänger zu desavouiren. So lange dies nicht geschieht, kann man annehmen, daß sie mit den Tendenzen mancher dieser Männer übereinstimmen. Es gibt vielleicht nur Wenige, aber diese Wenigen sind wahrscheinlich der Sauertrig, der die ganze Partei durchbringt. Solchen Tendenzen aber wird die Regierung mit gezogener Schwert entgegenzutreten wissen (Bewegung). Die Armee ist ein lebendiger Körper, der fortwährend reorganirt wird, sonst würde er eben nicht leben. Daran hat Hr. v. Hoyerbed mich ermahnt, mir ein Beispiel an meinem Amtsvorgänger zu nehmen. Ich habe mit der Organisation der Armee fortgefahren, wie ich sie gefunden; wenn es also heißt: „Aron'sche Reorganisationspläne“, so ist das eitel Wind. Es sind uns Fehler vorgeworfen worden; ich bekenne, daß wir sie bezangen; der größte aber ist der, daß die Regierung auf die Transaktion im Jahr 1860 eingegangen ist, und zwar weil ich glaube, daß es sich damals empfohlen hätte, alle Mittel zu versuchen, ehe man zu diesem Mittel geschritten hätte. Das Geld war ausdrücklich zu dem Zwecke bewilligt, die Armee kriegsbereiter zu machen. Wodurch war sie bis dahin weniger kriegsbereit? Vorzugsweise dadurch, daß auch die altformirten Linienregimenter auseinandergerissen wurden; darin lag der Fehler der Armee. Wenn Sie also Geld zur größeren Kriegsbereitschaft bewilligten, so müßte die Regierung doch zu allererst diejenigen Fehler ausmerzen, an welchen die bis dahin bestehende Organisation Mangel litt. In dieser Hinsicht ist das Rechte geschehen. Wenn der Landtag dies durch sein provisorisches Votum von 1861 aussprach, dann weiß ich nicht, wie der Regierung jetzt Verfassungsverletzungen vorgeworfen werden. Sie stellen sich auf einen vermeintlichen Rechtsboden, der überhaupt gar nicht verletzt worden ist. Die Regierung sollte also im März d. J. sofort die Armee desorganisiren; dann hätten Sie Recht, der Regierung ein Mißtrauensvotum zu geben. Schließlich hat der Abg. v. Hoyerbed noch einer angeblichen „Kluft“ erwähnt. Ich habe allerdings bei Gelegenheit der Debatte über die Militärgerichtsbarkeit von einer Kluft gesprochen; ich habe damals gesagt, es existire zwischen

einem Theil eine Klust, und daran ist ein Theil, die Presse, schuld. Ich kann nicht zugeben, daß die Anfeindungen gegen das Militär zu Recht bestehen. Ist es nicht natürlich, daß fortwährende Angriffe bitter machen? Das Heer soll sich mit dem Volk eins wissen! Ich will nicht mehr erinnern an die Sprache von 1848, von Kasernokrat u. s. w.; man möge doch nicht diesen Ton erneuern. Ein hiesiges Blatt nennt die Armee ein „Söldnerheer“; ja Sold empfangen die Soldaten, aber nennt man Beamte auch Söldlinge? Es kommen einzelne Ausschreitungen vor, aber sie werden gebührend geahndet. Lassen Sie sich nicht bestimmen durch die Ausschreitungen Einzelner. Wollen Sie das Ehrgefühl des gesammten Offizierkorps untergraben, wenn sie ihm fortwährend Ausschreitungen vorwerfen?

Der Schluß der Sitzung wird angenommen. Eine Reihe persönlicher Bemerkungen macht den Schluß. Nächste Sitzung Montag 9 Uhr.

Deutschland.

Karlsruhe, 13. Sept. Nachträglich geht uns noch eine Anzahl ganz in dem gleichen Geist und Styl gehaltener Berichte über das Fest vom 9. d. M. zu. Sie kommen aus Neckargemünd, Gaggenau, Rheinböschheim, Oberkirch, Wolfach, Hochheim u. a. D.

Mannheim, 12. Sept. Bei der kritischen Lage der Zollvereins-Verhältnisse sieht man diesmal mit gesteigertem Spannung den Verhandlungen des am 15. Oktober in München beginnenden deutschen Handelstags entgegen. Als Vertreter bei demselben hat heute die Handelskammer Hrn. Eduard Wolf (Firma Helmreich, Wolf u. Komp.) erwähnt. Der Handelsverein schreibt morgen in seiner Abenditzung ebenfalls zur Wahl einer Abordnung.

Die durch den Tod des Rabbiners Präger vor einiger Zeit in Erledigung gekommene Rabbinatsstelle dahier wurde dem in Folge der polnischen Unruhen vielgenannten Rabbiner Dr. Zafrow aus Warschau von der hiesigen israelitischen Gemeinde übertragen. Eine einmalige Predigt dieses trefflichen Gelehrten und Kanzelredners genügte, ihm alle Herzen zuzuwenden. Man darf diese Wahl eine glückliche nennen.

Das hiesige Dragonerregiment, unter dem Kommando seines Obersten v. Wichmar, ist heute früh 8 Uhr von hier ausgerückt, um bei Sandhausen gemeinschaftlich mit dem 2. Dragonerregiment Feldlager zu beziehen und Uebungen vorzunehmen. Morgen Abend soll dasselbe wieder hierher zurückkehren.

Kork, 12. Sept. Gestern wurde zu Egelsburh unsere Diözesansynode gehalten. Den ersten Theil der Tagesordnung bildeten die Verhandlungen theils über die oberkirchenrätlichen Vorlagen, theils über einige andere, von geistlichen und weltlichen Abgeordneten eingebrachte Anträge. Die oberkirchenrätliche Vorlage über Einführung von Familienbüchern wurde mit unwesentlichen Modifikationen angenommen; in Betreff der andern über Visitationsordnungen und Instruktionen gingen die abändernden Vorschläge ungleich weiter. Von den Fragen für die Visitation der Pfarren sollen nur wenige der schriftlichen Beantwortung vorbehalten bleiben. Die überwiegende Mehrzahl derselben wurde der mündlichen Erledigung in Gegenwart des Pfarrers überwiesen. Mit der Visitation der Dekanatsverwaltung wünscht man auch eine Visitation der Diözesangemeinde verbunden. Die Vorlage über Befreiung der Kosten für die Diözesangemeinde wurde im Wesentlichen dahin verbeschieden, daß die bisher mit kirchlichen Ausgaben belasteten Fonds des Bezirkes auch fernerhin mit den gleichen Leistungen eintreten, dagegen die neuen Kosten in erster Linie durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden sollen, und sofern diese zur Deckung der die einzelnen Gemeinden nach der Zahl der Stimmberechtigten treffenden Kosten nicht zureichen würden, es der Ortsgemeinde selbst überlassen bleibe, den Rest auf die ihr zukommende Weise zu ergänzen. Man vereinigte sich zu diesem Beschlusse, um nicht zu den unpopulären „Umlagen“ greifen zu müssen, und auch die Almosensfonds möglichst schonen zu können. Letztere müssen übrigens in Nothfällen immer in zweiter Linie subsidiarisch eintreten. Die weiteren Anträge betrafen theils die höchste Verordnung über Verwaltung des evangelischen Kirchenvermögens, wo man im §. 5 anstatt des bekannten Satzes von der Anwohnung des Bürgermeisters bei den Sitzungen des Kirchenzemeinderathes folgenden einzuschalten vorschlug: „Der Kirchengemeinderath gibt, wo er es für nöthig findet, oder wo es verlangt wird, dem Gemeinderath Nachricht von seinen Beschlüssen“; theils die oberkirchenrätliche Verordnung über Bildung von Kirchengemeinde-Versammlungen, wo man die Bestimmung gestrichen wünscht, welche auch für solche Nebenorte, die keine eigene politische Gemeinde bilden, eine besondere Kirchengemeinde-Versammlung verlangt; theils endlich einige Gegenstände, die in das Gebiet der Sittenzucht und der Verwaltung unseres Distriktsfonds gehören. Gegen 3 Uhr schritt man zum zweiten Theil der Tagesordnung, dessen hervorstechendste Stelle die Wahlen einnahmen. Zum Dekan wurde mit 9 von den abgegebenen 15 Stimmen (ein Stimmzettel war unbeschrieben) der bisherige Dekan der Diözese — Pfarrer Häuffer von Egelsburh — erwählt. Drei Stimmen erhielt der Gegenkandidat Pfarrer Bauer von Kehl, die übrigen zerplitterten sich. Zu Ausschüßmitgliedern wurden Pfarrer Schellenberg von Hesselburg mit 9, Pfarrer Schneider von Kork und Pfarrer Förster von Auenheim mit je 7, Bürgermeister Gerold von Kork mit 12, und Kirchengemeinderath Hud von Willstett mit 8 Stimmen ernannt. Die geistliche Wahl mußte durch das Votum bereinigt werden, welches für Pfarrer Förster von Auenheim entschied. Die Freunde der Gemeinde über die Neuwahl ihres Pfarrers zum Dekan gab sich sofort durch Bülletschäfte und Abends durch einen Fackelzug, den ihm der Gesangsverein des Orts brachte, kund. Auch die Öffentlichkeit der Verhandlungen hatte Anklang gefunden. Es waren gegen 16 Zuhörer, theils Lehrer, theils Kirchengemeinderäthe

des Bezirkes, zugegen. Die Synode währte von Morgens 8 Uhr mit halbtägiger Unterbrechung bis Nachmittags 4 Uhr.

Nachen, 11. Sept. Die Generalversammlung der katholischen Vereine (— bis jetzt sind 1123 Theilnehmer anwesend, meistens Geistliche —) hat zum nächstjährigen Versammlungsort Frankfurt a. M. gewählt.

Koburg, 11. Sept. In der neuesten Nummer der Wochenschrift des Nationalvereins macht dessen Geschäftsführer J. Streit bekannt, daß die diesjährige Generalversammlung des Vereins am 6. und 7. Oktbr. in Koburg abgehalten werden wird. Gegenstände der Tagesordnung sind: 1) Rechenschaftsbericht des Geschäftsführers; 2) politischer Jahresbericht, mit besonderer Rücksicht auf den Stand der deutschen Verfassungsfrage; 3) die Flottenjournale und die seit Ende des vorigen Jahres erfolgte, in der Ausschußsitzung vom 4. März l. J. genehmigte Einstellung der Ablieferung der Flottengelder an das preussische Kriegsministerium; 4) die Frage der Reform der deutschen Wehrverfassung.

Wien, 10. Sept. Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Ueber die am 4. d. M. im Ministerium des Äußern stattgehabte Sitzung der Kommission wegen der Solleinigungs-Frage, zu welcher Febr. v. Hof von Salzburg herbeigerufen wurde, erfährt ich von gutunterrichteter Seite, daß sich die Mitglieder der Kommission einstimmig gegen die Trennung Deutschlands in einen nord- und süddeutschen Zollbund ausgesprochen haben. Den eigentlichen Gegenstand der Berathung in der am 4. d. stattgehabten Sitzung bildeten die von Bayern und Württemberg aufgestellten Anträge, die Revision des gegenwärtigen Zollvereins-Tarifs betreffend. Wie man versichert, hat sich unsere Regierung mit den Anträgen der beiden genannten Mächte in den meisten Punkten einverstanden erklärt. Daß diese Konzession viel zu spät kommt und den Entschluß Preußens in der Frage des preussisch-französischen Handelsvertrages nicht ändern kann, liegt auf der Hand; auch bleibt es abzuwarten, ob wenn Preußen Ernst macht, die Herren in Stuttgart und München nicht noch zu ganz anderen Konzessionen sich bereit finden lassen werden.

Wien, 12. Sept. Die „Scharf. Korresp.“ schreibt: „Mehrere Blätter von hier wird mitgetheilt: bei dem bevorstehenden Wiedereintritt des Reichsrathes sei alsbald ein von zahlreichen Abgeordneten gestellter Antrag auf Revision der Februarverfassung zu erwarten. Von einem Antrage dieser Art ist in Kreisen, die hierüber gut unterrichtet sein müssen, nichts bekannt, und nach der bisher im Abgeordnetenhaus vorherrschenden Stimmung zu urtheilen, würde auch ein solcher Aussicht haben, durchzubringen. Andererseits steht einer Revision der Verfassung im Sinne ihres Ausbaues gar nichts im Wege. Es ist dies wiederholt von Seiten der Regierung erklärt worden. Die Regierung hält nicht am Buchstaben der Urkunde vom 26. Febr. fest, aber sie will selbstverständlich darauf bestehen, daß jede Umgestaltung derselben auf verfassungsmäßigem Wege vor sich gehe, d. h. daß an einem solchen Revisionswerke alle von der Februarverfassung selbst hierzu berufenen Faktoren sich betheiligen.“

Italien.

Turin, 9. Sept. (Köln. Z.) Der Bericht Pallavicini's hat in der öffentlichen Meinung einen bedeutenden Eindruck gemacht und Garibaldi bei allen denen rehabilitirt, die einen Augenblick an ihm irre geworden. Am Mißverständnisse vorzubeugen, bemerkte ich, daß Garibaldi, als er bei der Ankunft des Parlamentars den Revolver ergriff, nicht etwa diesen Parlamentar, sondern sich selbst in einer augenblicklichen Anwendung von Vergewaltigung erschießen wollte. — Galbini kommt heute hier an und wird morgen in einer Ministerfizung Bericht über den Zustand des Südens erstatten, der die Aufhebung des Belagerungszustandes noch nicht zu gestatten scheint. Dann kehrt der General nach Bologna zurück. — Im Kabinete beschäftigt man sich sehr mit der Frage, wie es mit der Einberufung des Parlaments zu halten sei, der kein Minister mit besonders leichtem Herzen entgegensteht. Man sucht Zeit zu gewinnen, weil man noch immer auf Frankreich hofft; darum ist von mehreren Seiten der Vorschlag gemacht worden, statt der Prorogation einfach den Schluß der Session zu decretiren, wodurch die Wiederberufung der Kammern bis zum 15. Dez. hinausgeschoben würde. — Einiges Aufsehen erregt die Sendung des Abbe Stellardi nach Rom; der König läßt durch denselben die Vermählung der Prinzessin Pia dem Papste anzeigen, welcher der Pathe der Prinzessin ist; man vermuthet aber auch noch andere Zwecke hinter dieser Mission.

Frankreich.

Paris, 12. Sept. Unter den in Italien obwaltenden Verhältnissen hat, scheint es, die französische Regierung in der letzten Zeit keinen sonderlichen Eifer gezeigt, den französischen Italien. Handelsvertrag abzuschließen. Diese Angelegenheit wurde ad calendae graecas vertagt und Hr. Scioloja ist unverrichteter Dinge nach Turin zurückgekehrt. — Aus Neapel erfährt man durch Privatbriefe, daß die Offiziere der Nationalgarde von Reggio, entrüstet über die Drohung, daß man die Stadt bombardiren werde, und über die veratorische Strenge, mit welcher der Belagerungszustand gepandhabt wird, in corpore ihre Entlassung genommen haben. — Das Ministerium des Innern hat den Pariser Blättern eine Mittheilung zur Berichtigung ihrer Darstellung eines Unfalls zugesandt, welches dem „Prince Jerome“ auf der Rhede von Gibraltar zugestossen ist. Darnach war folgendes die Wahrheit: „Der Anfang einer Feuersbrunst brach vor einigen Tagen an Bord des „Prince Jerome“ aus. Zur gleichen Zeit hatte ein Zusammenstoß zwischen dem „Aleurus“ und dem „Charente“ statt. Beide Fahrzeuge erlitten einige Havarien. Sonst signalisirt man keinen wesentlichen Verlust.“ — In gewissen Kreisen behauptet man zu wissen, daß die angeblich heute Morgens in St. Nazaire eingetroffenen Regierungspesepchen

aus Vera-Cruz wenig günstig lauten. In denselben Kreisen versichert man, daß der Kaiser auf seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexiko's verzichtet habe. Uebrigens sind die französischen Verstärkungen größer, als man bisher offiziell angegeben hat. Abgesehen von den zu Cherburg und Brest eingeschifften Truppen, gingen allein von Toulon 19,650 Mann und 3000 Pferde dahin ab. Mehrere Blätter berichteten, daß die spanische Regierung die Fregatte „Carmen“, welche sie dem Papste zur Verfügung gestellt hatte, wieder von Civita-Vecchia zurückberufen habe. Ich glaube zu wissen, daß dies lediglich geschah, um dieses Schiff durch ein Fahrzeug von geringerem Tiefgang zu ersetzen, und daß der Papst nach wie vor beabsichtigt, sich bei gewissen Eventualitäten nach Mahon zurückzuziehen. — In Madrid erwartet man die Veröffentlichung des Dekrets, welches den Antillen das Recht der Repräsentation in den Cortes einräumt wird. — Den „Nationalités“ zufolge wäre bei Garibaldi die Amputation unvermeidlich geworden. Auch hier sind heute Privatdepeschen eingetroffen, nach welchen der Zustand des Generals die größten Besorgnisse einflößt. — Die „France“ hat Berichte aus Sizilien, wornach in Messina und den übrigen großen Städten der Insel fortwährend große Aufregung herrscht; in den Gebirgen formiren sich zahlreiche Bänden. Zu La Spezia ging am 7. eine englische Korvette vor Anker; sie wurde von der Bevölkerung mit größter Sympathie begrüßt. — Das dritte Schreiben Hrn. v. Lagueronniere's wird statt heute, morgen erscheinen. — Die heute im „Moniteur“ veröffentlichte Bilanz der Bank von Frankreich zeigt von fortwährender Stockung im Handel, selbst angenommen, daß die Bankiers billiger escomptiren als die Bank. Der Metallvorrath fiel um 13 Millionen auf 371 Millionen; die Wechselbestände verminderten sich um mehr als 43 Millionen auf 460 Millionen; der Banknoten-Umlauf fiel von 782 auf 761 Mill. Das Guthaben des Staats beträgt nur 99 Mill., während am 22. Sept. das Semester der 4 1/2 Proz. und am 1. Okt. auch das Trimester der 3 Proz. Rente fällig ist. — Das einzige Günstige in der Bilanz ist die Abnahme der Vorschüsse auf Rente von 13 Mill. Dennoch blieb Rente nur 69.45. Ital. Anl. 70.65. Mob. 932.50.

Amerika.

Washington. Präsident Lincoln hat in einem Schreiben an seinen langjährigen Freund, den abolitionistisch gesinnten Horace Greely, folgendes offene Glaubensbekenntnis abgelegt:

Ich will die Union retten. Ich möchte sie auf dem kürzesten konstitutionellen Wege retten. Je eher die nationale Autorität wieder hergestellt werden kann, desto näher wird die Union, der Union, wie sie war, sein. Wenn es Leute gibt, welche die Union nicht retten wollen, außer wenn sie zugleich die Sklaverei vernichten können, so stimme ich nicht mit ihnen überein. Mein erher und höchster Zweck in diesem Kampfe ist, die Union zu retten, nicht aber die Sklaverei zu erhalten oder zu vernichten. Könnte ich die Union retten, ohne einen Sklaven frei zu machen, so würde ich es thun; und könnte ich sie durch Befreiung aller Sklaven retten, so würde ich es thun; und könnte ich sie durch Befreiung einiger und Nichtbefreiung anderer Sklaven retten, so würde ich auch dieses thun. Was ich in Sachen der Sklaverei und der farbigen Race thue, das thue ich, weil ich glaube, daß es die Union retten hilft; und was ich unterlasse, das unterlasse ich, weil ich glaube, daß es nicht die Union retten helfen würde. Ich werde weniger thun, sobald ich glaube, daß, was ich thue, der Sache schadet, und ich werde mehr thun, sobald ich glaube, daß Wehrthun der Sache helfen wird. Ich werde mich bemühen, Fehler zu verbessern, sobald ich gezeigt hat, daß es Fehler sind; und ich werde neue Ansichten annehmen, sobald sich ihre Richtigkeit erweisen hat. Hiermit habe ich meine Vorläufe nach meinem Begriff von meinen amtlichen Pflichten ausgesprochen, und ich beabsichtige, an meinem osterklärten persönlichen Wunsch, daß alle Menschen überall frei sein könnten, Nichts zu ändern.

Verzögerte Nachrichten.

Marau, 13. Sept. Es hat sich heute gezeigt, daß der hiesige Hafen bei einigemmaßen günstigem Wasserstand schon jetzt für große Schiffe zugänglich ist, obgleich derselbe noch nicht ausgebagert ist. Heute Nachmittag nämlich fuhr das der Mühlheimer Gesellschaft gehörige reichbeslagte Schlepboot Nr. IV. von 220 Fuß Länge, 48 Fuß Breite und mit einer Maschine von 300 Pferdekraften ohne irgend welches Hinderniß in den Hafen ein, wendete und legte unter dem Donner seiner Schiffskanonen an dem Eisenbahndamm an. Eine Anzahl hiesiger Bürger, darunter der zweite Bürgermeister, mehrere Gemeinderäthe, Hr. Inspektor Bürtlin u. s. w. wohnten, hierzu eingeladen, dem interessanten Schauspiel auf dem Dampfschiffe selbst bei.

Mannheim, 12. Sept. (Mannh. Z.) Im Comptoir der Wassermann'schen Verlagbuchhandlung dahier wurden gestern Abend mittelst Einbruchs eine nicht unbedeutende Summe Geldes und einige andere Gegenstände entwendet.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 14. Sept. 3. Quartal. 92. Abonnementsvorstellung. Die Vestalin; große Oper in 3 Akten mit Ballet, nach dem Französischen des Jony bearbeitet von Seyfried. Musik von Spontini.

Dienstag 16. Sept. 3. Quartal. 93. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: Das letzte Mittel; Lustspiel in 4 Akten von Johann Weigenhurn. Hierauf Balletdivertissement.

Theater in Baden.

Mittwoch 17. Sept. Der häusliche Krieg; komische Oper in 1 Akt von Castelli, Musik von Schubert. Hierauf: Loreley; Finale aus der unvollendeten Oper von Mendelssohn-Bartholdy.

